

Lübecks Bürgermeister scheitert: Neue Stellen wegen Haushaltssorgen gestrichen!

Lübecks Bürgermeister Jan Lindenau kann keine neuen Stellen schaffen. Die Rathausmehrheit sieht die Haushaltslage als prekär an.



Lübeck, Deutschland - In Lübeck sorgt die Entscheidung des Bürgermeisters Jan Lindenau (SPD) für kontroverse Diskussionen. Er darf keine neuen Stellen in der Verwaltung schaffen, die für die Bereiche Datenschutz, Anliegenmanagement und Personal zuständig sein sollten. Diese Maßnahme wurde von der Rathausmehrheit aus CDU, Grünen und FDP beschlossen, die die notwendigen Mittel als nicht tragbar erachten. Bürgermeister Lindenau wollte dringend einen weiteren Datenschutzkoordinator einstellen, um den wachsenden Anforderungen im Bereich Datenschutz gerecht zu werden, doch die Ablehnung zieht weitreichende Konsequenzen

nach sich.

CDU-Fraktionschef Christopher Lötsch bezeichnet die finanzielle Lage Lübecks als prekär und argumentiert, dass eine Ausweitung der Personalkosten die Situation verschärfen würde. Zudem erhalten die vorhandenen Mitarbeiter bereits zahlreiche Aufgaben, die nicht ohne Weiteres an neues Personal übertragen werden können.

Reaktionen der Fraktionen

Die Fraktionen der CDU, Grünen und FDP fordern, dass die Aufgaben mit dem bestehenden Personal erledigt werden müssen. Dabei wird auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, Vorschläge zur Finanzierung neuer Stellen zu unterbreiten, bevor diese überhaupt in Betracht gezogen werden können. Axel Flasbarth, der Fraktionschef der Grünen, kritisiert den Antrag auf zusätzliche Stellen ohne dafür vorgesehene Mittel und betont, dass Lübeck bereits höhere Ressourcen im Datenschutz im Vergleich zu anderen Städten bereitstellt.

Von der FDP fordert Thorsten Fürter eine Neuorganisation der Verwaltung unter den bestehenden Ressourcen. Er hebt die Dringlichkeit der Sparsamkeit hervor. Im Gegensatz dazu warnen SPD-Politiker vor den Folgen der Entscheidung, insbesondere in Bezug auf die Sicherstellung des Datenschutzes.

Meinungsäußerungen der Opposition

Die Fraktionen der Linken, der GAL und die Freien Wähler sprechen sich für die Schaffung der drei Stellen aus. Gregor Voht von der Linken kritisiert die finanzpolitische Entscheidung und warnt vor den möglichen höheren Kosten, die durch die Vergabe externer Aufträge entstehen könnten, wenn im eigenen Haus kein Personal eingestellt wird.

Bürgermeister Lindenau hat angekündigt, in der Verwaltung Einsparmöglichkeiten zu suchen. Dies könnte möglicherweise

auch die Bereiche betreffen, in denen eine personelle Verstärkung als dringend erforderlich erachtet wird.

Stellenausschreibungen in Lübeck

Zusätzlich zu den verhinderten Neueinstellungen sucht die Hansestadt Lübeck aktuell Fachkräfte für die Bereichsleitung Stadtplanung und Bauordnung. Diese Position erfordert eine Erfüllung der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen gemäß A 16 SHBesG und wird nach Entgeltgruppe 15 TVöD vergütet. Zu den wesentlichen Aufgaben gehören die Verantwortung für die Stadtplanung und Bauordnung sowie die Einhaltung der geltenden Vorschriften für Bauvorhaben. Die Stelle erfordert auch eine enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Stakeholdern, einschließlich anderer Abteilungen und der Öffentlichkeit, um innovative Stadtplanungskonzepte zu entwickeln und die Bedürfnisse der Bürger zu berücksichtigen. Die Stellenausschreibung ist **hier** zu finden.

Details	
Ort	Lübeck, Deutschland
Quellen	• www.ln-online.de • xn--stellenangebote-ffentlicher-dienst-qnd.de

Besuchen Sie uns auf: mein-leipzig.net